

Ganzheitlicher Schutz des Personals im öffentlichen Dienst

Psychische Gesundheit und Arbeitssicherheit verbindlich stärken

ZENTRALE FORDERUNGEN DER FGFC

1

Klare Zuständigkeit für Arbeitssicherheit im Gemeindefektor

- › Einführung einer eindeutigen und verbindlichen Zuständigkeit innerhalb der Inspection du travail et des mines (ITM) für das Gemeindepersonal
- › Rechtssichere Verankerung dieser Zuständigkeit mit klaren Kompetenzen in Prävention, Kontrolle und Intervention
- › Schnelle Umsetzung im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens

2

Erhalt und Stärkung des Service psychosocial (SPS)

- › Erhalt des SPS als eigenständige Struktur im öffentlichen Dienst
- › Deutliche Erweiterung seiner Kompetenzen, insbesondere im Bereich Prävention, Mediation und Krisenintervention
- › Verbindliche Umsetzung der Empfehlungen und Maßnahmen des SPS in allen Verwaltungen

3

Verbindlichkeit und Durchsetzung von Maßnahmen

- › Sicherstellung, dass keine Verwaltung sich Maßnahmen des SPS entziehen kann
- › Verpflichtende Teilnahme an Mediationen, Audits und anderen notwendigen Interventionen
- › Klare Regelung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen

4

Verbesserter Schutz für betroffene Beschäftigte

- › Einführung von frühzeitigen, wirksamen und niedrigschwelligen Schutzmaßnahmen
- › Schnelle und strukturierte Unterstützung in Konflikt- und Belastungssituationen
- › Stärkung der Prävention zur Vermeidung von Eskalationen

5

Klare Verfahren im Umgang mit Fehlverhalten

- › Einführung von transparenten und einheitlichen Verfahren
- › Sicherstellung einer konsequenten Aufarbeitung von problematischen Situationen
- › Gewährleistung eines fairen und nachvollziehbaren Umgangs für alle Beteiligten

6

Stärkung der Zusammenarbeit und Kontrollmechanismen

- › Klare Koordination zwischen SPS und den zuständigen Stellen innerhalb der ITM
- › Ausbau von präventiven Maßnahmen und regelmäßigen Audits
- › Sicherstellung der wirksamen Umsetzung bestehender gesetzlicher Vorgaben